

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Rose verlangt schärfere Strafgesetze gegen gewalttätige Neonazis und gegen Hass-Propaganda im Internet und in Sportstadien

Schärfere Strafgesetze zur besseren Bekämpfung rassistisch motivierter Gewalttaten und ebenso schärfere Gesetze gegen die zunehmende rechtsextremistische Propaganda durch Neonazis vor allem in Sportstadien und im Internet fordert der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Das will er in dem bevorstehenden Gespräch mit der Vorsitzenden der Justizministerkonferenz, Bayerns Justizministerin Beate Merk, in München erörtern.

Rose verlangt mit Nachdruck eine Initiative auf Länder- und Bundesebene. Anstatt vor der von Neonazis über ausländische Internetprovider verbreiteten Propaganda und ihren Gewaltaufrufen gegen Juden und „Zigeuner“ zu kapitulieren, müssten die Justizminister in Deutschland endlich eine internationale Konferenz durchführen. Diese müsse wirksame gesetzliche Instrumente für staatenübergreifende Bekämpfungsmaßnahmen festlegen.

Untragbar sei es, so Rose weiter, daß es trotz zunehmender Gewalttaten von rechtsextremen Intensivtätern immer noch kein verschärftes Strafgesetz gebe, vergleichbar dem sogenannten „Hate-Crime-Gesetz“ in den USA. In Deutschland jedoch würden sogar bekannte Rechtsextremisten nach mehrfachen schwersten Gewalttaten immer wieder auf freien Fuß gesetzt und erhielten trotz vorhersehbarer Wiederholungsgefahr Bewährungsstrafen. Das versetze viele Menschen in Angst, sagte Rose. Deshalb müsse die Justizministerkonferenz beschließen, dass im Strafgesetz derart gefährliche und rassistisch motivierte Körperverletzungsdelikte als „Verbrechenstatbestand mit besonderen Haftgründen“ qualifiziert würden, statt diese kriminellen Taten weiter als „Vergehen“ zu verharmlosen, sagte Rose heute in Heidelberg der Presse. Auf diesen Beschluss werde er in dem Gespräch mit Merk besonders dringen.